



Naturschutzbund Deutschland Gruppe Obertshausen e.V.

Ausgezeichnet mit dem Umweltpreis
des Kreises Offenbach 2007

Freiraumkonzept für den südöstlichen Landschaftsraum

Im Jahr 2006 wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, ihre Ideen, Wünsche und Vorstellungen zu den Möglichkeiten, der Entwicklung und der Zukunft ihrer Stadt vorzutragen und einzubringen. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung und den städtischen Gremien sollte daraus ein umfangreiches Stadtentwicklungskonzept entstehen, das einen Handlungsrahmen für die städtebaulichen Maßnahmen der nächsten 15 Jahre darstellt. Das Interesse und die Beteiligung der Obertshäuser waren damals überwältigend.

Mit diesen Sätzen zu Anlass und Zielsetzung beginnt das umfangreiche Gutachten des beauftragten Büros BIERBAUM.AICHELE.landschaftsarchitekten in Mainz.

Im Rahmen von vier „Bürgerspaziergängen“, die im Juni 2010 am Angelweiher, im Mittleren Grünzug, im Kreuzloch und der Rodau-Aue stattfanden, war die Bevölkerung eingeladen, ihre Anregungen und Wünsche zur weiteren Entwicklung der Grün- und Freiflächen in und um Obertshausen zu äußern. Die während der Spaziergänge gesammelten Ideen wurden aufgelistet, thematisch geordnet und unter folgenden Gesichtspunkten inhaltlich geprüft und bewertet:

- die Übereinstimmung der Anregungen mit den konzeptionellen Vorgaben zum Freiraum- und Kompensationskonzept
- ihre Umweltverträglichkeit
- ihre Realisierungschancen hinsichtlich Finanzierbarkeit, Flächenverfügbarkeit und Verträglichkeit mit konkurrierenden Nutzungen wie Landwirtschaft und Naturschutz.

Im Anschluss erfolgten Einzelgespräche mit dem Forst, der Landwirtschaft und den Naturschutzverbänden, um mögliche Konflikte zu vermeiden. Es entstand schließlich ein Maßnahmenkatalog, der 62 Maßnahmen bzw. Projektvorschläge auflistet, u.a.

- Pflanzung von Einzelbäumen, Baumgruppen, Baumreihen oder Alleen
- Wegrandbepflanzungen
- Fortsetzung der Renaturierung der Rodau

Die Vorstellung des Freiraumkonzeptes erfolgte am 24.1.2011 in der Sitzung des Umwelt-Verkehrs- und Bauausschusses.

Dabei wurde deutlich, dass die von den Naturschutzverbänden genannten wichtigen Flächen für einen Biotopverbund nicht ausreichend berücksichtigt worden sind. Wir haben die politischen Parteien am 11. Februar per e-mail darauf hingewiesen:

